



NICHTS ALS DIE RARHEIT

Zu Besuch bei einem der größten deutschen Händler seltener Erden SEITE 23

DAX	-0,4 %	10J US-T	+0,071
6614		2.632	
EuroStoxx50	-0,5 %	€ in \$	-0,0117
2856		1.3848	
10J Bund	+0,057	Nikkei	-0,3 %
2.507		9377	
Dow Jones	+0,0 %	Brent Oil*	+0,07
11163		85,61	
Nasdaq	+0,3 %	Gold	-0,80
2498		1339,05	

Veränderung zum Vortag
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.30 Uhr MESZ

FINANCIAL TIMES

DEUTSCHLAND

MITTWOCH
27. OKTOBER 2010
2,- €

Heute mit Beilage

WWW.FTD.DE

Waffen von der Stange für die Bundeswehr

Expertenkommission schlägt Radikalreform der Truppe vor

Thomas Steinmann, Berlin

Die deutsche Rüstungsindustrie steht vor den tiefsten Einschnitten seit Jahrzehnten. Eine Expertenkommission von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat der Bundesregierung empfohlen, die Planung und das Management von Rüstungsprojekten radikal umzukrempeln und auf teure nationale Entwicklungen zu verzichten. So sollten mittelfristig Milliarden gespart werden, sagte gestern der Kommissionsvorsitzende Frank-Jürgen Weise, der auch Chef der Bundesagentur für Arbeit ist.

Unterstützung vom Minister

Rüstungskonzerne und ihre Zulieferer haben in Deutschland rund 80 000 Mitarbeiter. Auf sie kommen nun noch größere Umwälzungen zu, als es durch die geplante Verkleinerung der Truppe ohnehin zu erwarten war. In ihrem gestern vorgestellten Bericht schreibt die Kommission, ohne Veränderungen in der Industrie und bei der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr werde die Branche „mittelfristig nicht mehr kostendeckend agieren können“. Die Industrie brauche mehr Export. Dafür müsse die Politik die Exportbestimmungen für Rüstungsgüter lockern.

Guttenberg signalisierte grundsätzlich Unterstützung für die Vorschläge, die auch eine massive Verkleinerung des Verteidigungsressorts und der Truppe vorsehen. „Ich glaube, dass die Richtung durchaus stimmt“, sagte er. Zurückhaltend äußerte er sich jedoch zu der politisch heikelsten Empfehlung, das Ministerium komplett in Berlin zu konzentrieren.

Dagegen gilt es als wahrscheinlich, dass Guttenberg den Vorschlägen für Reformen in der Rüstungspolitik folgt. Wiederholt hatte er zuletzt ausufernde Kosten bei Großprojekten wie dem Militär-Airbus A400M gerügt und war auf Distanz zur Industrie gegangen.

Keine Sonderwünsche mehr

Konkret fordert die Weise-Kommission, die Bundeswehr müsse auf nationale Sonderwünsche bei Waffensystemen verzichten. Sie solle auf Lösungen zurückgreifen, die am Markt verfügbar sind – auch im Ausland. Zudem schlagen die Experten vor, den Rüstungseinkauf in einer neuen Agentur für Beschaffung zu bündeln, damit es klare Zuständigkeiten gibt. Zugleich nehmen sie auch Forderungen der Industrie auf. So sollen nationale Prüfungen entfallen, wenn Rüstungsgüter bereits von Partnerstaaten zugelassen wurden.

Auch im Parlament stießen die Vorschläge der Experten auf Zustimmung. „Wir brauchen mehr Kostentransparenz und ein fortlaufendes Kostencontrolling“, sagte Unionsfraktionsvize Andreas Schockenhoff der FT. Strafreferer Entscheidungsstrukturen würden die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Industrie verbessern.

C50937
209/43

4 *195093*702002* 3 0043

Abonnentenservice 0800-0808182 Anruf kostenlos

Schweiz 4,20 sfr · Österreich 2,60 €
Belgien 2,60 € · Luxemburg 2,60 €

Scheichs entdecken den Mittelstand

Bahrain will bei deutschen Unternehmen einsteigen // Ersatz für Rohstoffeinnahmen gesucht



Ein Herz für die Provinz: Bahrain ist der erste arabische Investor, der seine Ölmilliarden in Deutschland am liebsten bei Mittelständlern anlegen möchte

Heimo Fischer, Stuttgart

Das Königreich Bahrain sucht als erster Golfstaat gezielt nach Investitionsmöglichkeiten im deutschen Mittelstand. „Wir sprechen derzeit mit mehreren Unternehmen“, sagte Scheich Mohammed Bin Issa Al Chalifa, Chef der staatlichen Wirtschaftsentwicklungsbehörde, im Gespräch mit der FT. Kleine und mittlere Firmen seien besonders attraktiv, da sie Stabilität versprechen und technologisch oft führend seien. „Die deutsche Automobilbranche ist interessant, aber auch andere Sektoren.“ Namen oder ein Investitionsvolumen nannte er nicht.

Damit geht Bahrain einen anderen Weg als seine reichen Nachbarn, die vor allem bei deutschen Großkonzernen investiert haben. So kaufte sich Abu Dhabi unter anderem mit der Übernahme von Blohm + Voss in die ThyssenKrupp-Schiffahrtssparte ein. Zudem beteiligte sich das Emirat an Daimler, wo auch Kuwait beteiligt ist. Katar wiederum hält Anteile an VW und Porsche.

Zukäufe im deutschen Mittelstand dagegen sind selten: So erwarb Dubai

2007 Mauser, einen Hersteller von Industriefässern, sowie das Frankfurter Chemieunternehmen Almatris.

Bahrains Initiative ist der jüngste Versuch eines Golfstaats, seinen Wohlstand dauerhaft zu sichern. Die Länder am Persischen Golf bereiten sich durch den Ausbau ihrer Investitionen auf die Zeit vor, wenn sie nicht mehr allein vom Öl- und Gasexport leben können. Bahrain muss dabei früher umdenken als die rohstoffreichen Nachbarn, weil seine Ölreserven bald zur Neige gehen. „Für die Region ist das Land vergleichsweise arm“, sagte Eckart Woertz vom Gulf Research Center in Dubai. Rohstoffexporte tragen lediglich 13 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Das Land hatte sich deshalb auf das Finanzgeschäft konzentriert, in der Krise aber

„Wir sprechen derzeit mit mehreren Unternehmen“

MOHAMMED BIN ISSA AL CHALIFA, Chef der bahrainischen Wirtschaftsentwicklungsbehörde

enorm gelitten. Beim Staatsfonds Mumtalakat liefen hohe Verluste auf. Auch deshalb konzentriert sich der Inselstaat nun auf kleinere Unternehmen.

Darüber hinaus versucht das Königreich, deutsche Investoren ins eigene Land zu locken. „Wir wollen stabile Beziehungen zu Unternehmen, bei denen wir investieren. Beide Seiten sollen davon einen Nutzen haben“, sagte Scheich Mohammed. Unter anderem sieht er sich in Südwestdeutschland nach potenziellen Partnern um. So habe er schon mit Stuttgarter Kolbenhersteller Mahle gesprochen, einem der größten deutschen Autozulieferer. „Dabei ging es um Investitionsmöglichkeiten in Bahrain und anderswo.“

Auf deutscher Seite werden die arabischen Investoren mit offenen Armen empfangen. „Das kann eine interessante Alternative sein“, sagte Stefan Heimbred, Chef der Stiftung Familienunternehmen. Kleinere Firmen in Europa täten sich mitunter schwer, wenn sie eine Bankfinanzierung suchten. Zudem könnten die oft von Herrscherhäusern getragenen Unternehmen aus der Golfregion gut zu deutschen Familienbetrieben passen. Das

Problem der Nachfolgeregelung gebe es in beiden Kulturkreisen, sagte Heimbred. Das Interesse auf deutscher Seite ist so groß, dass seine Stiftung Anfang November in Jordanien einen Kongress für Familienunternehmen mit 150 Teilnehmern ausrichtete.

Einen neuen Trend beobachtet auch Bernd Höfer vom Beratungsunternehmen A9C Capital. Er sucht von Bahrain aus nach Investitionszielen im deutschen Mittelstand. „Da gibt es eine Tendenz zur Öffnung.“ Geschäftsleute aus der Region wüssten die Qualitäten dieser Unternehmen immer mehr zu schätzen. „Sie gelten hier als gut geführt und technologisch überlegen.“ Interesse in Deutschland sei ebenfalls vorhanden. Sogar aus einzelnen Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen kämen Mittelstandsdelegationen auf Investorensuche in die Golfregion.

Durch strategische Bündnisse oder Beteiligungen wollen die deutschen Mittelständler auch neue Absatzregionen erschließen, die sie kaum allein erobern könnten. So ist die Golfregion ein wichtiges Sprungbrett für den Wachstumsmarkt Indien.

Versammeln verboten

Weil die Behörden Anschläge fürchten, dürfen sich Passagiere auf USA-Flügen nicht mehr als „Gruppe“ formieren. Nicht nur das gemeinsame Warten vor der Toilette ist damit jetzt tabu

Jennifer Lachman, Hamburg

In dieser heiklen Frage hilft nicht mal der Blick in den Duden. Eine Gruppe, so definiert das Nachschlagewerk, ist eine „kleinere Anzahl von (zufällig) zusammengekommenen, dicht beieinanderstehenden oder nebeneinandergehenden Personen“. Wie viele Menschen jedoch nötig sind, bevor sie als Gruppe gelten, und ob vielleicht sogar schon zwei – also eine „kleinere Anzahl“ – eine solche bilden könnten, bleibt völlig offen.

Für alle, die einen Flug in die oder aus den USA planen, ist dieses Detail wichtig. Die Heimatschutzbehörde TSA hat aus Sicherheitsgründen die Vorschriften verschärft: Passagiere dürfen sich jetzt an Bord nicht mehr zu Gruppen versammeln, lautet die vage Vorschrift, die jüngst auch auf nichtamerika-

nische Fluglinien ausgeweitet wurde. „Das Stehen und Warten von mehreren Personen ist in allen Bereichen des Flugzeugs verboten“, weist etwa die Lufthansa ihre Passagiere jetzt an. Notfalls greift das Kabinpersonal ein.

Die Regelung ist die neueste in einer Reihe von Maßnahmen, mit denen die TSA das Terrorrisiko in der Luft senken will. Nachdem etwa Weihnachten 2009 ein Passagier in seiner Unterhose Sprengstoff versteckt hatte, durften Fluggäste eine Zeit lang eine Stunde vor der Landung nicht mehr aufstehen. Genauso war es verboten, Gegenstände wie Decken auf den Schoß zu legen. Während solche Regeln immerhin für Experten noch als nachvollziehbar galten, sorgt die jüngste Vorschrift selbst bei den Fluggesellschaften für Fragezeichen.

Was ist etwa mit Thrombosekranken? Wie sollen sich Passagiere verhalten, die ein dringendes Be-

dürfnis haben, wenn bereits mehrere (wie viele?) vor der Toilette warten? Und: Müssen diese Gäste jetzt strategisch agieren, also abwarten, bis jemand an seinen Platz zurückkehrt, und aufspringen, sobald ein anderer sich den begehrten Platz vor dem stillen Örtchen schnappt? Verschärft wird die Situation dadurch, dass die TSA sogar regelt, dass Passagiere – Kinder ausgenommen – nur noch die Toiletten in ihrer Klasse aufsuchen und nicht mehr auf andere ausweichen dürfen.

Vor ein besonderes Problem stellt die TSA-Vorgabe Emirates: Die Golf-Fluglinie wirbt mit einer Bar in ihren Riesen-Airbussen. Ab November steuert Emirates mit dem A380 auch New York an. Anders als auf den anderen Flügen dürfte die „Onboard Lounge“ auf dieser Strecke damit kein gemütlicher Treffpunkt in 10 000 Metern Höhe werden, sondern eher ein Lonely Hearts Club.

BEIHILFESTREIT

WestLB fordert Brüssel heraus

Die Landesbank hat den Verkaufsprozess ihrer Immobilienbank Westimmo bis auf Weiteres abgebrochen – ein klarer Affront gegen die EU-Kommission.

BERICHT SEITE 15

LEITARTIKEL

Marschbefehl für Guttenberg

Bundeswehr Schlanker, professioneller, günstiger – die Bundeswehr wird nicht mehr dieselbe sein, falls es so kommt wie im Bericht der Weise-Kommission vorgeschlagen. Das Papier zur Reform von Verteidigungsministerium und Truppe ist womöglich das Beste, was während der schwarz-gelben Regierung bislang zustande kam. Die Bundeswehr steuert auf die radikalste Reform ihrer Geschichte zu – und das ist gut so. Verkrustete Strukturen und Industrieinteressen haben grundlegende Schritte bisher verhindert. Das Ziel muss nun klar sein: die Schaffung einer schlackkräftigen Profiarmerie.

Die Empfehlungen der Strukturkommission von Arbeitsagentur-Chef Frank-Jürgen Weise liefern eine Steilvorlage für Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Ihm liegt damit nach einer internen Revision auch ein externes Papier vor, das den von ihm bevorzugten Umbau der Bundeswehr unterstützt. Guttenberg muss die Reform nun beherzt angehen und beweisen, dass er die hohen Erwartungen erfüllen kann.

Einen Erfolg immerhin kann er sich schon gutschreiben: Die Wehrpflicht wurde auf sein Betreiben hin ausgesetzt – wie auch im Weise-Bericht empfohlen. Dabei war seine Partei mit dem erklärten Ziel in den Wahlkampf gezogen, am Pflichtdienst festzuhalten. Der Minister hat einen wichtigen Anfang gemacht und gezeigt, dass er ohne ideologische und parteipolitische Brille entscheiden kann. Andere Vorhaben aber werden auf mehr Widerstand stoßen. Der vollständige Umzug des Ministeriums von Bonn nach Berlin etwa hat viele Feinde.

Den Rest des Umbaus sollte Guttenberg jedoch gegen Widerstände von Lobbyisten und Traditionalisten verteidigen. Er hat den Vorteil, dass die Truppe viele seiner Ziele teilt. Es ist in ihrem Sinn, die Bundeswehr stärker auf die neuen Aufgaben zuzuschneiden und trotz der Verkleinerung die Zahl derer zu verdoppeln, die gleichzeitig in den Einsatz geschickt werden können. Auch würde sie davon profitieren, Waffen „von der Stange“ zu kaufen, anstatt auf teure Rüstungsaufträge an die Industrie zu setzen. Viele Sonderanfertigungen waren so kompliziert, dass sie nur verspätet und abgespeckt bei den Soldaten ankamen.

Meistert Guttenberg diese Aufgabe, hätte er nicht nur die Bundeswehr entgegen allen Erwartungen aus ihrer Starre gelöst – sondern sich nebenbei noch für höhere Weihen empfohlen.

Weitere Leitartikel und Kommentare: Seite 24, 25